MEHR FÜR DIE MEHRHEIT!

Weil zu viele zu wenig haben.

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BAYERN

Wahlzeitung zu den Landtags- und Bezirkstagswahlen 2018

www.die-linke-bayern.de

Für die vielen!

Unser Spitzenduo, Eva Bulling-Schröter und Ates Gürpinar: Bereit für den bayerischen Landtag.

» **Interview auf Seite 4**

GBW – Söders große Lüge

Vor 5 Jahren sorgte Markus Söder für den Verkauf der GBW an einen Immobilienhai. Er versprach damals, dass dies keine Nachteile für die Mieter hätte. Diese Lüge hat einen hohen Preis: 80.000 Mieter leiden unter der Verwahrlosung der Gebäude und der drastischen Mietpreisexplosion.

» **Weiter auf Seite 3**

Ihre Gesundheit steht auf dem Spiel

Viele bayerische Regionen sind unterversorgt oder werden es absehbar sein: Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sind nirgendwo so ungleich verteilt wie in Bayern. Im ländlichen Raum fehlt es immer mehr an Gesundheitseinrichtungen. Es gilt endlich den Pflegenotstand in Bayern zu stoppen.

» **Weiter auf Seite 3**

Konstantin Wecker im Interview

Foto: Thomas Karsten

Er gilt als einer der großen deutschen Liedermacher unserer Zeit. Er ist ein Mann voller Courage und gesellschaftlichen Visionen. Im Interview sprach Konstantin Wecker mit uns über seine Aufgabe als Musiker und über die aktuellen Gefahren des politischen Rechtsrucks.

» **Weiter auf Seite 10**

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Gregor Gysi, Präsident der Partei der Europäischen Linken, Jurist, Mitglied des Bundestages

Sie leben in einem schönen Land, das vieles in sich vereint: wunderschöne Natur, florierende Wirtschaft, gutnachbarliches Miteinander, Offenheit, Tradition und Modernität. Dass dies so ist, hat ziemlich wenig mit der Partei zu tun, die das von sich behauptet, sondern vor allem mit Ihnen, die zupacken, wo immer Sie gebraucht werden.

Deshalb ist es höchste Zeit, bei den Landtagswahlen zu zeigen, dass keine Partei Ihr Bayern pachten kann. Das können Sie am besten und am einfachsten, indem Sie DIE LINKE in den Bayerischen Landtag wählen. Und damit auch den einzigen Schönheitsfehler beheben, den ich an Bayern entdecken kann. Übrigens habe ich auch Vorfahren in Bayern. Spricht das nun für oder gegen DIE LINKE?

Glauben Sie mir, DIE LINKE im Landtag wird mehr Aufmerksamkeit erregen als alle anderen. Denn das ist das Signal, dass die Politik sich endlich Ihren Sorgen und Nöten zuwenden soll: bezahlbare Wohnungen, gute Renten, Gesundheit, die keine Ware ist, soziale Sicherheit, gute Bildung für alle von der Kita bis zur Uni.

Dafür steht in Bayern nur DIE LINKE. Und außerdem: Söder hat's verdient.

Mehr für wen?

Familien

Familien soll Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Kinder. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben Familie, Beruf und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. **DIE LINKE will:**

- Flächendeckende kostenfreie Kinderbetreuung
- Anerkennung von Eltern- und Erziehungszeit (Freistellung von der Arbeit z. B. nach der Geburt eines Kindes)
- Flexible Arbeitsmodelle, Jobsharing (Arbeitsteilung) und Homeoffice

Alleinerziehende

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Sie sind zu 90 Prozent weiblich und leiden zusammen mit ihren Kindern häufig unter akuter Armut. Auf dem Arbeitsmarkt sind gerade Frauen und Berufe mit überwiegend weiblichen Beschäftigten unterbezahlt. Viele werden unfreiwillig in Teilzeitjobs und damit Altersarmut abgedrängt. Wir wollen helfen. Für Alleinerziehende ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa der Ganztagsbetreuung besonders wichtig. Frauen sind davon besonders betroffen. **DIE LINKE will:**

- Kostenfreie Betreuungsmöglichkeiten mit flexibleren Betreuungszeiten.
- Sanktionsfreie und bedarfsdeckende Mindestsicherung von monatlich 1.050 Euro.
- Gleicher Lohn für Frauen und Männer. Gleichwertige Arbeit muss gleich bezahlt werden.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten können und von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren anstatt Entlassungen fürchten zu müssen. DIE LINKE kämpft für sichere Jobs, die eine vernünftige Lebensplanung ermöglichen sowie eine angemessene Verteilung der Arbeitslast auf eine breitere Masse an Erwerbstätigen. **DIE LINKE will:**

- Die 30-Stunden-Woche
- Rechtsanspruch auf Weiterbildung
- Verbot von Massenentlassungen bei profitabel arbeitenden Firmen

Erwerbslose

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung. Stattdessen sind sie nicht selten durch Sanktionen oder unvorhergesehenen Zwischenfällen von akuter Armut bedroht. DIE LINKE setzt sich für eine qualifiziertere Förderung von Erwerbslosen ein, die ihnen mehr Chancen in dem Arbeitsmarkt bieten. Jede und jeder muss auch ohne festen Job am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. **DIE LINKE will:**

- Bessere Beratung durch Stellenaufstockung der Sachbearbeiter
- Schaffung von Jobs durch den Ausbau öffentlicher Beschäftigung
- Vergünstigungen für Sport, Kultur und Mobilität

Mieterinnen und Mietern

Mieterinnen und Mietern sollen sich Wohnen wieder leisten können. Die Mieten explodieren, finanziell Schwächere werden verdrängt und selbst die Mittelschicht muss mittlerweile einen Großteil ihres Geldes für die steigenden Mieten aufwenden. Gründe sind der Einbruch des sozialen Wohnungsbaus, Ausverkauf von Sozialwohnungen und ausufernde Spekulationen. Gleichzeitig verödet der ländliche Raum durch staatliche Vernachlässigung. **DIE LINKE will:**

- Eine Stärkung des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus
- Mittel zur Sanierung von Dorf- und Ortskernen
- Vorkaufsrecht für Mieterinnen und Mieter

Rentnerinnen und Rentner

Rentnerinnen und Rentnern soll ein würdevoller Lebensabend ermöglicht werden. Derzeit sind jedoch gerade alte Menschen in strukturschwachen Regionen im besonderen Maße vom Rückbau der öffentlichen Daseinsvorsorge betroffen. Gleichzeitig führt die Kombination aus Armutsrenten und steigenden Mieten zu einer Verdrängung aus teilweise jahrzehntelang bewohnten Bezirken. **DIE LINKE will:**

- Höchstgrenzen bei Mietpreisen
- Eine Mobilitätsgarantie für den öffentlichen Raum
- Effektive Kontrollen in Pflegeheimen

Pflegekräfte

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 15.000 neue Stellen sollen in der Pflege geschaffen werden. Es müssen gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung eingeführt werden. **DIE LINKE will:**

- Mittelfristig sollen auf 20 pflegebedürftige Menschen zehn Pflegekräfte eingesetzt werden.
- Einen Pflegemindestlohn von 14,50 Euro
- Demokratisch gewählte Heimbeiräte mit echten Mitbestimmungsrechten

Lernende

Lernende sollen sich ohne finanzielle Sorgen voll auf das Lernen konzentrieren können. DIE LINKE lehnt daher Kosten wie Kita-, Schul- und Studiengebühren ab. Die öffentlichen Bildungsausgaben sollen schrittweise auf 7 Prozent des Landeshaushalts erhöht werden. So kann der Freistaat gute Bildung für alle auch endlich finanziell garantieren. **DIE LINKE will:**

- Eine vom Einkommensstand der Eltern unabhängige finanzielle Förderung für Studenten und Auszubildende
- „Eine Schule für alle“ als flächendeckendes Ganztagsangebot
- Mehr Mitbestimmungsrechte für Schüler- und Studierendenvertretungen.

Alle Forderungen finden Sie unter: www.die-linke-bayern.de/wahlen

Grußwort

Für soziale Gerechtigkeit in Bayern

Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Bundestag, Volkswirtin

Die soziale Spaltung der Gesellschaft in Deutschland nimmt rasant zu. 40% der Beschäftigten verdienen heute weniger als in den 90er Jahren, während die Zahl der Multimillionäre und Milliardäre stetig wächst. Bayern ist da keine Ausnahme. Mit 12,1% ist die Quote derjenigen, die armutsgefährdet sind, in den letzten Jahren weiter gestiegen. Und immer höhere Mieten und Mietnebenkosten bedeuten eine zusätzliche Belastung für Normalverdiener.

Während CDU/CSU und SPD im Bund mit ihren Chaostagen zur Asyl- und Migrationspolitik vorführen, dass es ihnen nicht um soziale Themen wie gute Arbeit, sichere Rente oder bezahlbare Mieten geht, ist DIE LINKE ist die einzige Kraft, die für eine soziale Wende steht. Allein DIE LINKE will wirklich etwas gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft tun.

Wir setzen uns für eine Millionärssteuer ein, damit endlich wieder in Infrastruktur, in gute Bildung und soziale Sicherheit investiert werden kann. Um Druck für mehr soziale Sicherheit zu machen und gegen wachsende soziale Ängste, braucht es eine starke LINKE auch im Bayerischen Landtag.

Söders Politik lässt Mieten explodieren

DIE LINKE kämpft für 40.000 neue Sozialwohnungen – jährlich

Gerda R. (44) arbeitet als Bürokauffrau und lebt in einer Wohnung der GBW. Obwohl sie Normalverdienerin ist, hat sie Angst, dass sie sich ihre Wohnung bald nicht mehr leisten kann. Gerdas Sorgen sind die Folgen einer politischen Fehlentscheidung. Denn 2013 hatte die Bayrische Landesbank 33.000 Wohnungen der GBW an die Patrizia AG verkauft. Betroffen waren 80.000 Mieter. Zuständig für den Verkauf war der heutige Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Söder sagte damals: "Das Immobilienunternehmen gewährleiste ein Höchstmaß an Sicherheit für die Mieter". Er versprach, dass die Mieter keine Nachteile zu befürchten hätten.

Eine Mieterhöhung nach der anderen

Gerda R. erlebte die Realität leider ganz anders. Eine Mieterhöhung nach der anderen flatterte in ihren Briefkasten. Auch die Wohnanlage verkommt immer mehr. Für Gerda R. und viele andere Mieterinnen und Mietern wurde der Verkauf der GBW zum Albtraum.

Söders große Lügen

Söder behauptet bis heute, dass die Wohnungen durch eine Vorgabe der EU zwingend verkauft werden mussten. Der bayrische Europa-Abgeordnete der LINKEN, Thomas Händel verweist hingegen auf eine Anfrage an die EU-Kommission. Laut deren Schreiben wurden keinerlei Vorschriften gemacht. Auch die Behauptung, dass der Freistaat Bayern die Wohnungen der Landesbank nicht übernehmen dürfte, stellte sich als Lüge heraus.

Der soziale Ausverkauf

Für den Spitzenkandidaten der bayrischen LINKEN Ates Gürpinar (34 Jahre alt) ist das ein Skandal. Gürpinar kritisiert, dass die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten Jahrzehnten immer weiter abgenommen hat. "In Bayern gab es 1988 noch fast eine halbe Million Sozialwohnungen - heute sind es nur noch 140.000“. Dieser Rückgang ist für ihn: „Das Versagen der CSU“.

Investoren wollen immer höhere Rendite machen, während Normal- und Geringverdiener kaum über die Runden kommen. Deshalb fordert DIE LINKE den Neubau von jährlich 40.000 Sozialwohnungen und eine echte Mietpreisbremse für Bayern. Nur so ist es möglich, die Mietpreisexplosion endgültig zu stoppen.

Mehr Personal für die Pflege und mehr Ärzte auf dem Land!

In Bayerns Krankenhäusern herrscht Personalmangel. In den Altenheimen ist der Pflegenotstand längst Realität. Viele bayerische Regionen sind unterversorgt oder werden es bald sein: Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sind nirgendwo so ungleich verteilt wie in Bayern. Der Bayerische Wald, die Oberpfalz, Rhön oder Oberfranken gelten als akut oder drohend unterversorgt. In ärmeren Bezirken der Großstädte fehlen Kinderärzte. Lange Wartezeiten sind in vielen Münchener Stadtbezirken keine Seltenheit.

DIE LINKE startet Volksbegehren für eine Mindestpersonalbemessung

Schon am Anfang des Lebens drohen Komplikationen: Allein seit 2009 mussten 35 Geburtsstationen in Bayern schließen. Zahlreiche weitere Einrichtungen stehen auf der Kippe. Im schwäbischen Dillingen an der Donau und anderswo müssen wegen des Personalmangels die Geburtshilfestationen für mehrere Monate geschlossen werden. Die Staatsregierung darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen: Sie ist mitverantwortlich für diese Probleme.

DIE LINKE Bayern will eine hochwertige Versorgung in allen bayerischen Regionen schaffen – egal ob Stadt oder Land. Wir wollen, dass Kinder sicher zur Welt kommen. Deshalb stehen wir für den Erhalt der Geburtsstationen und für mehr Hebammen. Es gibt zu wenige Pflegekräfte, aber zu viele Investmentbanker. Wir wollen mehr Pflegekräfte und weniger Rendite für Investoren. DIE LINKE streitet für Ärztehäuser auf dem Land und möchte ein Gesetz für bessere Bedingungen in der Pflege. Wir kämpfen für 15.000 zusätzliche Pflegestellen in den bayerischen Kliniken. Dafür starten wir – gemeinsam mit vielen anderen – ein Volksbegehren gegen den Pflegenotstand in den bayerischen Krankenhäusern. Wir fordern zudem einen Pflegemindestlohn von 14,50 Euro. Weniger darf in der Altenpflege niemand verdienen!

Alle Informationen zum Volksbegehren: www.stoppt-pflegenotstand.de

Die wahre politische Macht geht vom Volke aus

Das Spitzen-Duo Eva Bulling-Schröter und Ates Gürpinar im Interview über Mindestlohn, die bayerische Natur und Mitbestimmung

A Ates Gürpinar
E Eva Bulling-Schröter

Für wen lohnt es sich, am 14. Oktober die bayerische LINKE zu wählen?

E Es lohnt sich für alle - außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen von dem vorhandenen Reichtum und dem technologischen Fortschritt profitieren.

A Jeder Mensch, der eine soziale und solidarische Gesellschaft möchte, ist bei uns in besten Händen. Wir stehen für ein Bayern der Nächstenliebe und der offenen Herzen.

Wie wollt Ihr das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich stoppen?

A Da haben wir so einiges im Angebot – z. B. einen Mindestlohn, der Lebensqualität garantiert und gleichzeitig vor Altersarmut schützt. DIE LINKE kämpft für eine Stärkung der Gewerkschaften. Damit – und mit einer starken LINKEN – lassen sich die Arbeitsbedingungen der breiten Mehrheit radikal verbessern.

E In der Bay. Verfassung heißt es in Artikel 158 ganz klar: „Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Missbrauch des Eigentums- oder Besitzrechts genießt keinen Rechtsschutz.“. Aktuell beteiligen sich die Vermögenden zu wenig an der Finanzierung unserer Gesellschaft. Wir müssen daher Wohlhabende stärker in die finanzielle Verantwortung nehmen.

Für welches Thema brennt Ihr ganz besonders?

E Ganz besonders liegt mir der Umweltschutz am Herzen. Die bayerische Natur ist so vielfältig und einfach wunderschön: Schneebedeckte Berge, schier unendliche Wälder, Seen, die zum Erholen einladen und vieles mehr. Doch wir müssen uns bewusst sein, dass die aktuelle Politik und Wirtschaftsinteressen diese Landschaften bedrohen. Wirtschaftliches Wachstum auf Kosten der Umwelt ist nicht hinnehmbar. Wir stehen für ein radikales Umdenken in der ökologischen Frage!

A Die Regierung zerstört die Gesellschaft, die anderen Parteien helfen mit: In den Ballungszentren explodieren die Mieten ins Unbezahlbare, niemand kann dort mehr wohnen. Auf dem Land werden die Menschen von einer immer schlechter werdenden Grundversorgung und dem Verlust von Freizeitangeboten bedroht. Diese verfehlte Strukturpolitik ändern wir.

Was macht DIE LINKE neben ihren klassischen inhaltlichen Themen aus?

A In erster Linie stehen die Mitglieder bei uns im Mittelpunkt. Wir binden sie besonders stark in die Partei ein, bei uns können sie mitbestimmen und mitmachen. Wir sind keine klassische Beitragszahlerpartei, sondern ein Zusammenschluss von Menschen, die gemeinsam für eine bessere Welt kämpfen.

E Wir sind nicht nur in Parlamenten, sondern auch auf der Straße und in den Betrieben aktiv. Wir wollen, dass die Menschen sich selbst organisieren. Wir setzen gezielt unsere Strukturen ein, um die Menschen dabei zu unterstützen. Allein dieses Jahr haben wir es mit dem PAG (Polizei-Aufgaben-Gesetz), den Protesten gegen den Rechtsruck und mit dem Pflegevolksbegehren geschafft, Zigtausende dazu zu bringen, ihre eigenen Interessen aktiv zu vertreten. Die Menschen dürfen nie vergessen, dass die wahre politische Macht vom Volke ausgeht!

Warum ist es so wichtig, dass diesmal DIE LINKE in den bay. Landtag einzieht?

E Wir wollen die Verzahnung zwischen dem eben erwähnten gesellschaftlichen Druck und dem (bayerischen) Parlament ausbauen. Nur wenn Gegenwehr außer- und innerhalb der Parlamente vorhanden ist, lassen sich Positionen wirklich verändern. Nur so kann ein gerechteres Bayern entstehen.

A Bei dieser Wahl geht es auch um die Frage der grundsätzlichen politischen Richtung. Was ist es für ein Zeichen, wenn in Zeiten des Rechtsrucks in Bayern DIE LINKE in den Landtag einzieht. Wollen wir bayerische Raumfahrt, die niemandem nützt, oder wollen wir einen ÖPNV zum Nulltarif? Während das rechte Lager Ängste schürt und die Gesellschaft spaltet, stehen wir für eine Sozialpolitik, die Allen gerecht wird. Es gibt nur eine einzige glaubwürdige soziale Kraft: DIE LINKE!

> **» Wir sind (...) ein Zusammenschluss von Menschen, die gemeinsam für eine bessere Welt kämpfen. «**

> **» Wir stehen für ein Bayern der Nächstenliebe und der offenen Herzen. «**

> **» Nur wenn Gegenwehr außer- und innerhalb der Parlamente vorhanden ist, lassen sich Positionen wirklich verändern. «**

Ates Gürpinar

ist in Darmstadt geboren und kam zum Studium nach Erlangen. Von Franken zog der 34-jährige Medienwissenschaftler als Pressesprecher der bayerischen LINKEN 2012 erstmalig nach München. 2014 bis 2016 war er Landesgeschäftsführer und wurde danach als Landesprecher der Partei gewählt. Ates Gürpinar lebt in der Landeshauptstadt. In seiner freien Zeit liebt er Laufen und Fußball, entspannt sich aber auch gerne bei guten Filmen und spannenden Büchern.

Eva Bulling-Schröter

ist am 22. Februar 1956 in Ingolstadt geboren. Die ausgebildete Schlosserin arbeitete in versch. Betrieben der Metallverarbeitung. In den Jahren 1994 bis 2002 und von 2005 bis 2017 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2014 bis 2017 wirkte sie als energie- und klimapolitische Sprecherin der Linksfraktion und war auch Vorsitzende des Umweltausschusses. Zudem war sie 14 Jahre Landesvorsitzende der bayerischen LINKEN. Eva Bulling-Schröter lebt in Ingolstadt und liebt es, Zeit mit ihrem Hund in der bayerischen Natur zu verbringen.

Deine Arbeit ist mehr wert – Ausbeutung abschaffen!

Die Arbeitszeitfrage ist aktueller denn je. Während es der Gewerkschaft IG Metall jüngst erst gelungen ist, in Tarifverträgen mehr Arbeitszeitsouveränität im Sinne der Beschäftigten zu erkämpfen, wurde wenig später in Österreich der Arbeitstag auf 12 Stunden ausgeweitet. In der Debatte erleben wir, dass das Arbeitszeitgesetz ständigen Angriffen durch die Arbeitgeber ausgesetzt ist. Obergrenzen von Arbeitszeiten und gesetzliche Ruhezeiten werden als Innovationsbremsen und arbeitnehmerfeindlich verleumdet.

Besonders deutlich wird das am angeblich so starren Acht-Stunden-Tag. Tatsächlich reicht ein Blick in das Arbeitszeitgesetz, um festzustellen, dass es sich hier um kein starres Korsett handelt. Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten tagtäglich Überstunden. Viele davon unbezahlt.

Aber auch die vielzitierte Ansicht, der digitale Wandel wäre nur mit einer weiteren Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes möglich, stimmt so nicht. Denn die Digitalisierung bringt massive Produktivitätszuwächse. Warum wird eigentlich nicht darüber diskutiert, ob wir mit diesen Gewinnen nicht eine Arbeitszeitverkürzung umsetzen wollen? Technologischer Fortschritt sollte ja schließlich dem Wohle der Mehrheit dienen!

DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für mehr Arbeitszeitsouveränität und kollektive Arbeitszeitverkürzungen ein. Als einzige Partei fordern wir eine Reduzierung der gesetzlichen Wochenhöchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, sowie die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten für Betriebs- und Personalräte.

Mehr Bildungsgerechtigkeit für Alle

Jedes Kind ist einzigartig und verdient die Chance, sich bestmöglich zu entwickeln. Dieses Recht garantiert die bayerische Verfassung jedem Menschen. Jedes Kind muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern nach seinen eigenen Fähigkeiten und Vorlieben gefördert werden.

Von der Kita bis zur Weiterbildung – Ein Leben lang Zugang zu kostenfreier Bildung!

Doch die Wahrheit ist: In keinen anderen Bundesland hängen die Entwicklungschancen von Kindern und jungen Menschen so sehr vom Einkommen der Eltern ab wie in Bayern. Kinder aus reichen Elternhäusern haben wesentlich bessere Chancen als Kinder aus ärmeren Familien. Damit muss Schluss sein! Die Entwicklung der Kinder beginnt in der Kita. Die bayerische LINKE fordert daher die Abschaffung der Kitagebühren. Dadurch werden junge Familien finanziell entlastet und könnten ihren Kindern finanziell mehr bieten. Neben dem kostenlosen Zugang zu Bildung, muss auch in der Schule und während des Studiums kostenloses Kopieren und gebührenfreies Ausleihen von Büchern selbstverständlich sein. Nur so hat jeder Mensch die Möglichkeit, ein Leben lang zu lernen. Wir fordern „eine Schule für alle“, in der Kinder aus den unterschiedlichsten Elternhäusern zusammen lernen und heranwachsen. So entsteht bei den Kindern ein Verständnis für die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft. Der aktuelle Zustand ist wenig überzeugend: Nach wie vor haben es Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten schwer, ein Studium zu beginnen. Ein Grund dafür ist auch die zu frühe Trennung der Kinder nach der Grundschule.

Keinem Kind sollte der Zugang zu einem Studium verwehrt werden, weil seine Eltern nicht genug Geld haben! Hier muss die Landespolitik mehr tun. Doch von der CSU kommt viel zu wenig! Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle erfordern eine erheblich bessere Finanzierung der öffentlichen Bildungsinstitutionen. Wir wollen Weiterbildung und lebenslanges Lernen als öffentliche Aufgabe und individuelles Recht ausbauen. Die Betriebe müssen für die Fortbildung ihrer Beschäftigten stärker in die Verantwortung genommen werden. Gleichzeitig brauchen wir umfassende öffentliche Angebote, die gebührenfrei zugänglich sind und auch allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung umfassen.

Kandidaten/innen Landtag

Christine Pfaff
Rentnerin

Robert Striesow
Ergotherapeut B.Sc.

601

Peter Diekmann
Renter

602

Tobias Schäffer
Auszubildender

603

Christian Hänsch
selbständiger Gastronom

604

Florian Beck
Altenpfleger

606

Stefan Häuslein
Angestellter

607

Georg Liebl
Gewerkschaftssekretär i. R.

609

Kevin-Christopher Hansen
technischer Systemplaner

610

Martin Timm
auch bekannt als "Leander Sukov"
Schriftsteller

Kandidaten/innen Bezirkstag

Angelika Strobel
Rentnerin, Bezirksrätin

Viktor Grauberger
Gewerkschaftssekretär, DGB

601

Joshua Träger
Bildungsreferent

602

Antje Clemens
Politikwissenschaftlerin

603

Matthias Freund
Maschinenschlosser

604

Gotthard Greb
Messmitteltechniker

Achtung: Sie haben zwei Stimmen für die Landtagswahl und zwei Stimmen für die Bezirkstagswahl. Anders als bei Bundestagswahlen zählen bei den Wahlen am 14. Oktober beide Stimmen für die Endergebnisse. Deshalb am besten mit allen beiden Stimmen jeweils DIE LINKE wählen.

Unterfranken

Stimmbezirke

601 Aschaffenburg-Ost
602 Aschaffenburg-West
603 Bad Kissingen
604 Haßberge, Rhön-Grabfeld
605 Kitzingen
606 Main-Spessart
607 Miltenberg
608 Schweinfurt
609 Würzburg-Land
610 Würzburg-Stadt

605

Siegfried Steiner
EDV-Fachkraft

606

Stefan Wysotzki
Einzelhandelskaufmann

607

Carsten Reichhardt
Schüler

610

Doris Dörnhöfer
Kauffrau im Gesundheitswesen

Promitour

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir freuen uns sehr, dass unsere Partei- und Fraktionsvorsitzenden in den nächsten Wochen auf große Bayern-Tour gehen. Mit dabei sind die beiden Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping sowie die zwei Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch. Ganz besonders freuen wir uns, dass das LINKE Urgestein Gregor Gysi und Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE.) Zeit gefunden haben, um Bayern zu besuchen.

Eine unserer Veranstaltungen ist sicherlich auch in Ihrer Nähe. Lassen Sie sich die Gelegenheit nicht entgehen.

Die genauen Termine der großen Wahlkampftour finden Sie unter:

» **www.die-linke-bayern.de/promitour**

Ein guter Bezirkstag braucht eine starke LINKE

Am 14. Oktober werden alle sieben Bezirkstage neu gewählt. Was macht ein gewählter Bezirksrat bzw. eine gewählte Bezirksrätin? Die Person ist vor allem für viele soziale Aufgaben zuständig: Etwa für die Sozialhilfe für Menschen mit Behinderung oder die Hilfe zur Pflege. DIE LINKE streitet dafür, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde und ohne finanzielle Not führen können. Das geht nicht, wenn Markt und Profit den Ton angeben. Krankenhäuser, Pflegeheime und soziale Dienste gehören in die öffentliche Hand!

Wir streiten für die Rechte von Menschen mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung. Wir streiten für Inklusion: Jeder Mensch muss mit all seinen Besonderheiten von der Gesellschaft akzeptiert werden. Menschen mit psychischen Krankheiten dürfen nicht weiter ausgegrenzt werden. Aus der CSU kam der Vorschlag, psychisch Kranke wie Straftäter zu behandeln. Dem stellen wir uns entgegen! Wir wollen die Rechte der Betroffenen, der Patientinnen und Patienten im Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (PsychKHG) stärken. Weder der Aufenthalt noch die Arbeit in psychiatrischen Einrichtungen darf krank machen!

» Als Bezirksräte wehren wir uns dagegen, dass die Kommunen und Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden. «

Bayern hat die höchste Zahl an Drogentoten in Deutschland. Der Ansatz der Landesregierung in der Drogenpolitik ist gescheitert! Wir fordern eine andere Drogenpolitik: Weg von der Bestrafung, hin zu Vorbeugen, Aufklären und Hilfe. Wir setzen uns für Drogenkonsumräume und für die Legalisierung von Cannabis ein.

DIE LINKE ist die Kraft, die sich Rassismus und Ausgrenzung entgegenstellt. Der Rechtsruck in der Politik gefährdet ein friedliches und solidarisches Zusammenleben. Lassen Sie uns ein Zeichen für eine menschliche Gesellschaft setzen!

Für mehr und kostenfreien Nahverkehr!

Wer auf dem Land lebt, ist auf das Auto angewiesen. Das Nahverkehrsangebot ist oft unzureichend und zu teuer. Wer in die Ballungsräume pendelt, kennt die Probleme mit ausgedünnten S-Bahn-Takten, schlechten Anbindungen vor Ort und vielen Verspätungen. Bahnhöfe sind oft ungepflegt und nicht behindertengerecht. Dabei brauchen wir einen attraktiven Öffentlichen Nahverkehr. Denn in den Städten werden die Menschen durch die Autoabgase krank. Der Stau gehört für viele längst zum Alltag.

Nachhaltig planen, Mobilität erleben

Deshalb möchte DIE LINKE einen gut ausgebauten Öffentlichen Nahverkehr - für alle bezahlbar und perspektivisch zum Nulltarif. Einen guten Ausbau erreicht man aber nicht durch CSU-Prestigeprojekte wie Flugtaxis, sondern durch eine vernünftige Planung, die sich am Bedarf orientiert und einkalkuliert, dass die Fahrgastzahlen steigen. Zudem muss die Taktung der Busverbindungen verbessert werden. Sind die Kapazitäten erweitert, werden Bürgerinnen und Bürger viel häufiger auf den Nahverkehr umsteigen.

Der Ausbau des Nahverkehrs wird nicht funktionieren, wenn Busfahrer und Busfahrerinnen schlecht bezahlt werden und unter widrigen Arbeitsbedingungen leiden. Bei Ausschreibungen für den Nahverkehr müssen die sozialen Belange verpflichtend berücksichtigt werden. Außerdem muss die Anschaffung von E-Bussen und E-Taxis besser gefördert werden.

Auch das Fahrradfahren muss attraktiver werden. Dazu brauchen wir ein flächendeckendeckendes Radwegenetz in Städten und ein Radschnellwegesystem im Umland. Jeder Umstieg vom Auto auf das Fahrrad macht die Städte liebens- und lebenswerter. Zudem sind Menschen, die regelmäßig in die Pedale treten, oft gesünder als Autofahrer, die stundenlang in ihrem Fahrzeug sitzen.

Vorfahrt für die Verkehrswende!

Das alles ist sinnvoll und bezahlbar. Durch den Verzicht auf Prestigeobjekte und die Abschaffung von Diesel- und Kerosinsubventionen wären Mittel frei, um in der gesamten Bundesrepublik den Nahverkehr auszubauen und die Tickets kostenfrei zu machen.

Vorrang für Fahrrad, Busse, Bahnen und Fußgänger! Vorfahrt für die Umwelt!

Diesmal Briefwahl machen - ganz einfach!

Sie haben am 14. Oktober keine Zeit oder wissen bereits, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen – ganz einfach und kostenlos.

Was ist Briefwahl?

» Der Stimmzettel kommt per Post zu Ihnen nach Hause, Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück.

Wie kann ich die Briefwahl beantragen?

» Die Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte ausfüllen und zurückschicken. Es muss kein Grund angegeben werden.
» In einigen Städten und Gemeinden gibt es die Möglichkeit, Briefwahlunterlagen auch online zu beantragen. Meistens braucht man dafür die Kartennummer der Wahlbenachrichtigungskarte.
» Stimmzettel können im Wahlamt auch persönlich beantragt und abgeholt werden. Man kann auch direkt vor Ort wählen.
» Mit einer schriftlichen Vollmacht und Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte können auch von Ihnen beauftragte Vertreter Ihre Briefwahlunterlagen abholen.

Wann kann ich Briefwahl beantragen?

» Der Antrag kann sofort gestellt werden, man muss nicht zwingend die Zusendung der Wahlbenachrichtigungskarte abwarten.
» Die Stimmzettel werden allerdings erst ca. 4 Wochen vor dem Wahltermin, also Anfang September, verschickt. Wichtig ist, dass die Stimmzettel am Wahlsonntag, den 14. Oktober 2018, spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind! Deshalb sollte man Briefwahlunterlagen nicht unnötig liegen lassen, sondern sie sofort ausfüllen und abschicken.
» Man kann in den Wahlämtern der Städte und Gemeinden auch vor Ort seine Stimme abgeben. Das geht während der Öffnungszeiten der Ämter, natürlich auch noch in der Woche vor der Wahl.

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BAYERN

Mehr Schutz für die Umwelt, nicht für die Konzerne

Bayerns Natur ist einzigartig. Seine Berge, Wälder und Seen sind weltberühmt. Doch Bayerns Umwelt ist stärker bedroht als je zuvor. Nicht nur der menschengemachte Klimawandel setzt dem Ökosystem zu. Auch die hiesige Wirtschaftspolitik nimmt kaum Rücksicht auf die Natur. Um dies aktiv zu ändern, braucht es eine starke LINKE im Bayerischen Landtag.

In Bayerns Zukunft und Umwelt investieren

Als Partei machen wir uns für regenerative, dezentral erzeugte Energien stark und stufen daher Stromtrassen als keine zukunftsfähige Lösung ein. Es ist an der der Zeit, endgültig aus der Kohle- und Kernenergie auszusteigen. Das darf aber nicht dazu führen, dass Strom unbezahlbar wird. Wir stehen für die sozial-ökologische Energiewende.

DIE LINKE kämpft für saubere Luft in den Städten. Deshalb müssen für Autos strenge Abgasnormen gelten. Doch wir wollen die Kosten für die notwendigen Hardware-Nachrüstungen nicht den Bürgerinnen und Bürgern aufbürden. Die für die Manipulation der Abgaswerte verantwortlichen Konzerne sollen die Umrüstung zahlen! Die CSU muss endlich aufhören, die kriminellen Machenschaften der Autokonzerne zu decken! Die Konzernspitzen haben millionenfach die Bürgerinnen und Bürger betrogen. Das muss Konsequenzen haben – auch in Bayern!

Wir brauchen einen Neustart in der Verkehrspolitik. Dazu zählt ein kostenloser Nahverkehr für alle. Wir müssen den Verkehr stärker auf die Schiene verlagern und ihn in der Taktung und im Preis attraktiver machen. Zusätzlich fordern wir den Ausbau der Radverkehrsnetze. Bayern muss endlich fahrradfreundlich werden! Dies alles sind sinnvolle Investitionen in die Zukunft, die der Umwelt wirklich helfen.

Die CSU gibt sich gern als Umweltpartei. Doch es war der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt von der CSU, der im November 2017 dafür sorgte, dass das Umweltgift Glyphosat weitere fünf Jahre auch auf bayerischen Feldern versprüht werden kann. Dabei stand das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel kurz vor dem Aus. Viele EU-Staaten wollten dem Pestizid die Zulassung entziehen. Mittlerweile findet sich Glyphosat, das im Verdacht steht krebserregend zu sein, selbst in bayerischem Bier!

Es ist Zeit für eine konsequent sozial-ökologische Politik, die keine falsche Rücksicht auf Konzerne nimmt. Es ist Zeit, DIE LINKE zu wählen.

Kriege beginnen auch in Bayern

Bayern ist neben Rheinland-Pfalz die Drehscheibe für die Kriegslogistik der US-Armee in Europa. Die USA haben insgesamt vier Militärbasen im Freistaat. Von hier aus führten sie Kriege gegen den Irak, Afghanistan oder Libyen. Das hat die Welt nicht friedlicher gemacht. Im Gegenteil: Die Folgen der US-Kriege sind hunderttausende Tote und Millionen Geflüchtete. Derzeit rüstet Donald Trump die bayerischen Basen mit noch mehr Kriegsgerät auf und nutzt sie als Sprungbrett an die russische Grenze.

DIE LINKE steht klar für die Schließung von Trumps Kriegsbasen in Bayern. Von Bayern soll kein Krieg mehr ausgehen. Die zivile Umnutzung eröffnet Chancen für die regionale Entwicklung: Wohngebiete und Gewerbeansiedlungen können ohne Flächenfraß realisiert werden. Anstatt die US-Armee zu subventionieren, will DIE LINKE Kommunen finanziell bei der Konversion unterstützen.

Der Freistaat nimmt den traurigen Spitzenplatz bei den deutschen Waffenexporten ein. Die Hälfte aller deutschen Waffenexporte kommen aus Bayern. Das Kriegsgerät wird auch an Diktaturen wie Saudi-Arabien verkauft und taucht in vielen Krisenregionen der Welt auf. Die CSU hat Bayern zum Waffenexportland gemacht. Anstatt milliardenschwerer Subventionen für die Rüstungsindustrie wollen wir mehr Geld für Umweltschutz, Digitalisierung, Pflege und Wohnungsbau. Unser Ziel ist das Verbot von Waffenexporten. Bayern wollen wir hierfür zum Vorreiter in Deutschland machen.

Für mehr Rente statt Altersarmut

Im reichen Bayern gibt es Regionen, die deutschlandweit das niedrigste Rentenniveau aufweisen. Niederbayern ist davon besonders betroffen. Die alleinstehende 73-jährige Rentnerin Maria zum Beispiel erzählt uns, sie müsse im Winter manchmal überlegen, ob sie sich etwas Warmes kocht oder stattdessen die Heizung andreht. Für beides reicht ihre Rente nicht. Und das, obwohl sie ihr Leben lang hart gearbeitet hat. Maria wohnt nahe an der Grenze zu Österreich und sieht, dass es auch anders geht. Dort existiert ein Rentenmodell, das sozial gerechter ist und an dem sich DIE LINKE orientiert: In Österreich zahlen auch Politiker, Beamte, Ärzte und Anwälte in die Rentenkasse ein. Es gibt eine Mindestrente und sogar eine 13. und 14. Monatsrente. Im Durchschnitt erhält ein Rentner in Österreich 500 Euro mehr pro Monat. Warum kriegen wir das nicht hin? Die Zeit drängt, allein in Bayern sind aktuell 450.000 Seniorinnen und Senioren von Altersarmut bedroht. Die Rentenreformen der letzten Jahre, die auch von der CSU mitgetragen wurden, haben das soziale Sicherungssystem enorm geschwächt.

Mehr offene Arme, weniger Ellenbogen

Der Kampf gegen Rassismus ist Aufgabe aller, die eine offene Gesellschaft anstreben. Darüber hinaus gilt es, Rassismus an der Wurzel zu bekämpfen und dieser menschenverachtenden Ideologie den Nährboden zu entziehen. Es ist fatal, dass die Bundesregierung sicherheits- und migrationspolitische sowie islamfeindliche Positionen der extremen Rechten übernimmt. Das bestätigt und stärkt die AfD. Der Sozialabbau der vergangenen Jahre hat es der extremen Rechten leicht gemacht, an die realen Abstiegsängste großer Teile der Bevölkerung anzuknüpfen und nationalistische Scheinlösungen anzubieten. Gegen völkisch-nationale Hetze stellt DIE LINKE internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit für alle.

Rassismus konnte immer dann zurückgedrängt werden, wenn Menschen praktisch Solidarität erfuhren und sich gemeinsam wehrten — gegen Lohnkürzungen, Arbeitsplatz- oder Sozialabbau, gegen sexuelle Diskriminierung sowie gegen Krieg, Waffenexporte und Rassismus selbst. DIE LINKE trägt zu dieser Gegenwehr bei. Sie stellt sich nicht nur konsequent gegen rassistische Hetze, Gewalt und Faschismus, sondern zeigt auch, dass es soziale Alternativen zum Neoliberalismus gibt. Eine Umverteilung des Reichtums kann ein gutes Leben für alle hier lebenden Menschen ermöglichen. Dafür braucht es den Mut, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen. Denn nicht die Flüchtlinge, sondern die soziale Ungerechtigkeit muss bekämpft werden. DIE LINKE fordert auch den sofortigen Stopp deutscher Auslandseinsätze sowie der Waffenexporte in alle Welt. Wir bieten eine linke Offensive und den Mut zu einer solidarischen Zukunft für alle, denn das ist die eigentliche, hoffnungsvolle Alternative.

Weitere Informationen unter:
www.aufstehen-gegen-rassismus.de

»Es geht darum, Menschen Mut zu machen«

Foto: Thomas Karsten

Der Liedermacher Konstantin Wecker erläutert, worüber er sich im Moment besonders erschreckt, was ihn die deutsche Geschichte lehrt und weshalb er Horst Seehofer sofort entlassen würde.

Welches politische Thema bewegt Sie im Moment am stärksten?

W Extrem wütend macht mich die unmenschliche Barbarei, die sich derzeit im Umgang mit Flüchtenden offenbart. Dass allein im Monat Juni im Mittelmeer mehr als 600 Kinder, Frauen und Männer ertrunken sind, ist eine Bankrotterklärung für eine demokratische Gesellschaft. Jemand wie Horst Seehofer zerstört vor unseren Augen die hohe Errungenschaft des Homo Sapiens, nämlich Empathie empfinden zu können. Er handelt dabei aus reiner Machtgier! Das erschreckt mich zutiefst.

Wie lässt sich der Rechtsruck in Deutschland und Europa aufhalten?

W Indem wir sehr wachsam sind, jeder auf seine eigene Art und Weise. Als Künstler verstehe ich es als Aufgabe, die Flamme einer Idee aufrechtzuhalten. Bei meinen Konzerten spüre ich deutlich, dass Kunst Mut machen kann, und das soll sie auch. Es geht darum, Menschen Mut zu machen – Mut, damit sie Haltung zeigen, nicht weil sie davon profitieren wollen, sondern weil sie im Herzen spüren, dass es richtig ist. Ich habe noch immer die Hoffnung, dass die, die mit dem Herzen denken, in der Mehrheit sind.

> » Ich habe noch immer die Hoffnung, dass die, die mit dem Herzen denken, in der Mehrheit sind. «

Taugt die deutsche Geschichte als Mahnung?

W Wir hatten in Deutschland die große Chance, unsere schreckliche Vergangenheit aufzuarbeiten. Bei dieser Aufarbeitung haben wir gemerkt, was für ein gewaltiger Fehler der Nationalismus ist. Als Alt-68er weiß ich: Die eigene Identität, die jeder Mensch sucht, findet sich nicht im Völkischen, sondern in sich selbst. Nationalismus und Rassismus gehören leider zusammen. Wir müssen den Nationalismus überwinden.

Weshalb werden diese Überzeugungen im Moment so radikal in Frage gestellt?

W Weil rücksichts- und gewissenlose Machthaber die Verunsicherung ausnutzen, die der wahnsinnig gewordene Kapitalismus bei vielen Menschen auslöst, um Hass gegen Fremde zu schüren. Die CSU macht es auf infame Weise, die SPD verschämt. Aber wer die Themen der AfD übernimmt, stärkt nur die AfD. Ich habe jüngst ein Lied geschrieben, in dem heißt es: „Es ist eine grenzlose Welt, in der ich leben will." Das ist und bleibt mein Traum.

Was würden Sie in Bayern sofort ändern, wenn Sie die Macht dazu hätten?

W Auf der Stelle würde ich Horst Seehofer entlassen, und ich würde das bayerische Polizeigesetz sofort zurücknehmen.

Konstantin Wecker, geboren 1947 in München, zählt zu den größten deutschen Musikern der Gegenwart. Er engagiert sich in der Friedensbewegung und unterstützt zahlreiche antifaschistische Initiativen.

Mehr Freistaat statt Polizeistaat

Vor 100 Jahren rief der Sozialist Kurt Eisner den Freistaat Bayern aus. Die Bevölkerung sollte frei von Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung leben. DIE LINKE steht in dieser Tradition. Doch der Kampf zwischen den Herrschenden und dem Volk findet noch immer statt.

Gerade in letzter Zeit sind die Gründe, für demokratische Grundrechte einzustehen immer mehr geworden. Die CSU beschloss, die Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen, sie zu überwachen und im Zweifel Personen ohne Tatverdacht wegzusperren. Als Reaktion gingen bayernweit Zehntausende auf die Straßen und es entstand eine der größten Widerstandsbewegungen der letzten Jahrzehnte in Bayern. Die Protestbewegung gegen das bayerische Polizei-Aufgaben-Gesetz, „noPAG" steht sinnbildlich für den Widerstand der Bevölkerung. Hierbei war und ist es eine der zentralen Aufgaben der LINKEN, den widerständigen Bayern ein Zuhause zu geben und den Menschen als verlässlicher Partner zur Seite zu stehen.

Auch in Zukunft gilt es die demokratischen Grundrechte zu verteidigen und für die Vision des Gründungsvaters zu kämpfen!

Rezept

Rotes Paprikasch

SAISONAL
REGIONAL
VEGETARISCH
GÜNSTIG
EINFACH
SCHNELL
ROT

Zutaten für 4 Personen:

- 1 Kilo rote Paprika
- 500g Kartoffeln
- 2 Zwiebeln
- 2 Knoblauchzehen
- 50 g Olivenöl
- Salz, Pfeffer, Chili
- Suppenpaste
- ½ Glas Wasser
- Petersilie

Zuerst die Kartoffeln schälen und in Viertel schneiden. Paprikas sowie die Zwiebeln in mundgerechte Stücke schneiden und die Petersilie zerkleinern.

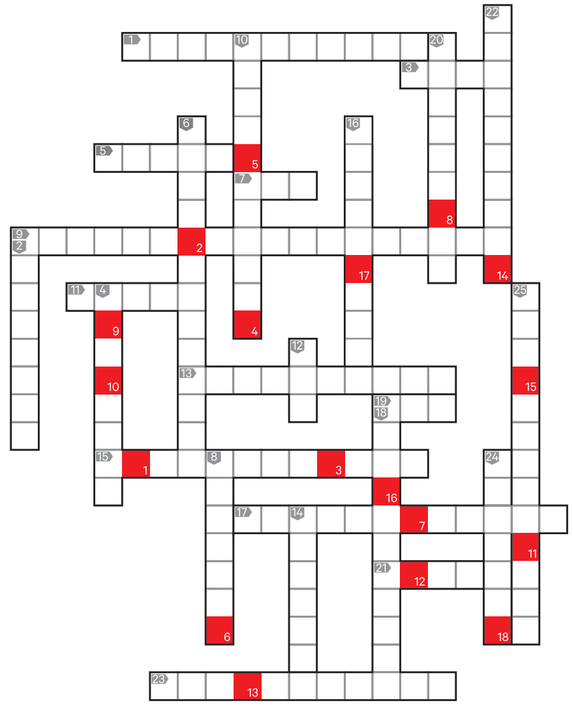
Die Kartoffeln und Zwiebeln zusammen mit Olivenöl, Knoblauch, Chili, Suppenpaste, Salz und Pfeffer in der Pfanne anschmoren und mit einem ½ Glas Wasser ablöschen. Nun die Paprikastücke dazu geben und die Pfanne mit einem Deckel abdecken und bei niedriger Hitze ca. 15 Minuten garen lassen. Das Ganze zum Abschluss mit der Petersilie verfeinern und ggf. nachwürzen.

Bei Bedarf mit Parmesan und Lauchzwiebeln dekorieren.

— Guten Appetit!

Das LINKE Kreuzworträtsel – Mitmachen und gewinnen!

01. Medizinische Notfalleinrichtung
02. Wir wollen mehr für die …
03. Gerechtigkeit ist für uns ein …
04. Was muss gerechter verteilt werden?
05. Gr. Protestbewegung Anfang 2018
06. Womit unterstützt Bayern Kriege?
07. Vorname der bayerischen Spitzenkandidatin der LINKEN
08. Wo muss DIE LINKE endlich rein?
09. Was belastet Mieterinnen und Mieter in den Städten?
10. Gründungsvater des bayerischen Freistaats (inkl. Leerzeichen)
11. Tarif …
12. Rechte Terror-Organisation
13. DIE LINKE ist die wahre soziale …
14. Größtes Bundesland Deutschlands
15. Was wird wegen Konzerninteressen vernachlässigt?
16. Welche Partei sollten Sie am 14.10. wählen? (inkl. Leerzeichen)
17. Bildung muss … sein
18. Häufigstes Problem von Rentnerinnen und Rentnern
19. Gegenteil von wohlhabend
20. Perspektivisch fordert DIE LINKE den ÖPNV zum …
21. Vorname des bayerischen Spitzenkandidaten der LINKEN
22. In der Arbeitswelt muss … endlich abgeschafft werden!
23. Allen Unterdrückten gilt unsere …
24. Wir wollen eine …ere Welt
25. Aktuell stattfindender Widerstand der Pflegekräfte



Lösungswort:

1	2	3	4	5									
6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	

Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 15. Oktober an:

DIE LINKE Bayern
Landesgeschäftsstelle
Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13
90481 Nürnberg

oder per E-Mail an:
kreuzworträtsel@
die-linke-bayern.de

Unter allen Teilnehmenden verlosen wir 15 LINKE-Überraschungssets*

*Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Mehr Demokratie: Politik darf nicht käuflich sein!

Unsere Mitglieder und Kandidatinnen und Kandidaten engagieren sich ehrenamtlich und nehmen kein Geld für ihre Überzeugung. DIE LINKE ist unbestechlich und nimmt im Gegensatz zu den anderen Parteien keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an. Das macht DIE LINKE zur einzigen Partei, die sich wirklich unabhängig für die Interessen der Mehrheit einsetzt. Für Plakate, Zeitungen, Werbemittel, Mieten, Kommunikation, Gebühren, Infostände, Transport und Geschäftsbedarf entstehen trotzdem jede Menge Kosten. Unterstützen Sie uns jetzt mit Ihrer Kleinspende, damit DIE LINKE als Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit in Bayern noch lauter werden kann. Jeder Euro hilft.

Jetzt spenden an:

- DIE LINKE. Bayern
- Sparkasse Nürnberg
- DE07 7605 0101 0011 1715 92
- BIC: SSKN DE77XXX

Parteispenden von Unternehmen und Verbänden 2016:

LINKE 0,00 €

Bei anderen Parteien zahlen Unternehmen und Wirtschaftsverbände **– bei uns zählst Du!**

Mehr für die Mehrheit:

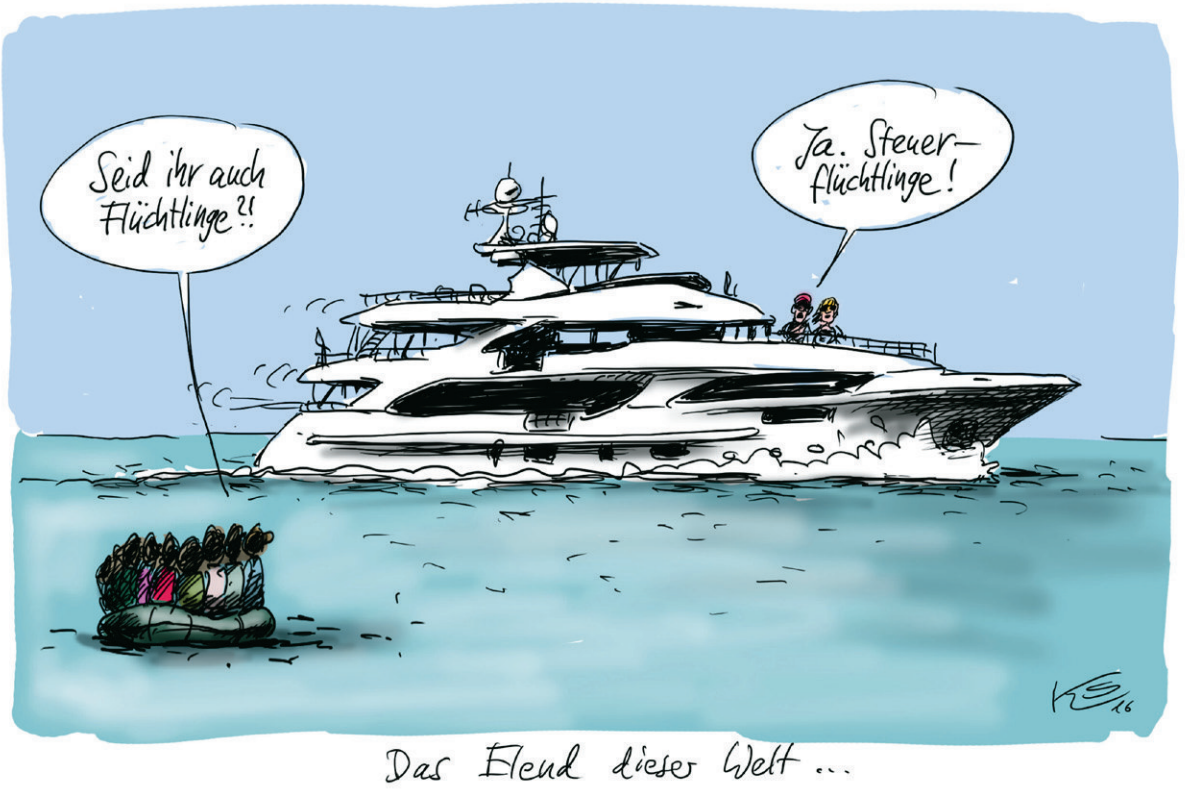
Sozialer Ungerechtigkeit den Kampf ansagen

»Reicher Mann und armer Mann, standen da und sahen sich an. Und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“« So dichtete der große Augsburger Bertolt Brecht bereits im Jahre 1934. So alt das Gedicht auch sein mag, so aktuell ist es doch. Denn im reichen Bayern wächst die Armut. Mehr als 200.000 Menschen müssen sich bei rund 170 Tafeln für kostenloses Essen anstellen, weil ihr Einkommen nicht ausreicht, um sich vernünftig zu ernähren. Diese Missstände in Bayern sind unerträglich! Rund 1,9 Millionen Menschen sind von Armut bedroht, leben also von weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Das sind in Bayern 1.182 Euro. Insbesondere in den urbanen Zentren ist davon ein menschenwürdiges Leben kaum möglich. Miete, Kosten für Gesundheit oder Kinderbetreuung und Gebühren für öffentliche Einrichtungen - am Ende des Geldes ist immer noch einiges an Monat übrig. Das betrifft vor allem Rentnerinnen und Rentnern und Alleinerziehende mit Kindern. In beiden Fällen trifft es überwiegend Frauen.

Der Reichtum ist in Bayern also höchst ungleich verteilt. Während die einen in Saus und Braus leben, müssen viele andere überlegen, wie sie die Miete bezahlen sollen oder den Kindergarten. Die bayerische Partei mit dem „C“ im Namen ist verantwortlich für diese Missstände und gibt bis heute keine Antworten, wie dies zu ändern sei. Im Gegenteil: Statt sich um die wirklichen Probleme der Menschen zu kümmern, spielt sie die Armen gegen die Ärmsten aus.

Rund 1,9 Millionen Menschen in Bayern sind von Armut bedroht, leben also von weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens.

Dabei liegen Lösungen auf der Hand und sollten gerade in Bayern leicht zu finanzieren sein. Mit einer Kindergrundsicherung ließe sich vor allem Alleinerziehenden mit Kindern helfen. Mit einem Altersgesundheitsgeld ließen sich Senior*innen mit geringem Einkommen auf einfache Weise unterstützen. Die Abschaffung von Gebühren für öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten oder Bibliotheken würde vor allem Menschen mit geringen Einkommen deutlich entlasten. **Mit einer Stimme für die LINKEN können Sie sich für solche Lösungen stark machen. Trauen Sie sich!**



Mitmachen

Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!

Ja, ich möchte aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

Vorname, Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich möchte Wahlkampfzeitungen verteilen und bestelle:
☐ 100 ☐ 200 ☐ 500 Exemplare

☐ Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum, Unterschtift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetztes (BDSG) gespeichert, verarbeitet und nur zum Zweck der Information über die politische Arbeit und für Wahlwerbung bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Bitte an die untenstehende Adresse einsenden!

Impressum

www.die-linke-bayern.de
info@die-linke-bayern.de

Facebook: DIELINKE.Bayern
Youtube: DIELINKEBayern
Instagram: dielinke.bayern
Twitter: LINKE_Bayern

DIE LINKE. Bayern
Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13
90489 Nürnberg
Telefon: 0911 - 4 30 06 23
Telefax: 0911 - 4 31 22 04 0

V.i.S.d.P. Max Steininger